



Bundesregierung lässt Hebammen allein

Pressemitteilung von Martina Bunge, 22. Juni 2012

"Die finanzielle Situation der Hebammen ist katastrophal und verschärft sich durch die steigenden Haftpflichtprämien. Die Bundesregierung hat dafür nur warme, aber leere Worte. Sie schaut dem Aus für einen Berufsstand tatenlos zu", sagt Martina Bunge zu den neuerlich steigenden Haftpflichtprämien für Hebammen. Die gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

"Die Hebammen haben schon lange auf ihre brisante finanzielle Situation aufmerksam gemacht. Viele können es sich schlicht nicht mehr leisten, freiberuflich Geburten zu begleiten. Das ist schlecht für die Hebammen, aber vor allem für werdende Mütter, die keine Hebamme mehr finden können. DIE LINKE fordert schon lange eine deutliche Aufstockung der Hebammenhonorare als Sofortprogramm und als Lösung für den Haftpflichtkostenwahn einen Haftungsfonds.

Die Bundesregierung, vornehmlich in Person von Gesundheitsminister Bahr, redet zwar gerne, tut aber viel zu wenig. Im vorliegenden Gesetzentwurf zur

Pflege-Neuausrichtung überträgt sie die Gesetzesgrundlagen für Hebammen quasi Copy-Paste aus der Reichsversicherungsordnung in das fünfte Sozialgesetzbuch, statt diese notwendig weiterzuentwickeln. Die Hebammenverbände sind zu Recht verärgert über diese Bundesregierung."